

17
79

Union in Deutschland

Bonn, den 26. April 1979

SPD und FDP sind unglaublich

In den öffentlichen Aussagen der letzten Wochen haben sich SPD und FDP in immer stärkere Widersprüche zur Energiepolitik verstrickt, erklärte Helmut Kohl vor dem CDU-Präsidium. Die schleswig-holsteinische SPD will die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümel in Betrieb nehmen. Zugleich täuscht sie den Wähler mit der Behauptung, eine Stimmabgabe für sie bedeute ein Nein zur Kernenergie.

Dessen ungeachtet fordert der SPD-geführte Hamburger Senat als Eigentümer der Hamburger Elektrizitätswerke weiterhin den Bau von Brokdorf. Zugleich drängt die Bundesregierung das Land Niedersachsen, die Entsorgungs- und Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben voranzutreiben.

Ich fordere die Bundesregierung auf, vor der Wahl in Schleswig-Holstein klar zu sagen, welche Energiepolitik sie in Zukunft vertritt. Das Energieprogramm der Bundesregierung sieht die Nutzung der Kernenergie vor und geht von der Neuinbetriebnahme von 16 Kernkraftwerken aus. Sicherheit muß nach unserer Überzeugung dabei den Vorrang vor den berechtigten wirtschaftlichen Gesichtspunkten haben. SPD und FDP werden unglaublich, wenn sie weiterhin in Land anders reden, als sie in Bonn handeln.

INFORMATION

Union startet Informationsaktion
über Familiengeld Seite 2/4

DEUTSCHLAND- POLITIK

Bundesregierung reagiert auf
DDR-Schikane unsicher und
hilflos Seite 5

SOZIALES

Verlässlichkeit des Sozialsystems
muß wiederhergestellt werden /
Thesen zur Humanisierung des
Krankenhauses Seite 7

REAKTOR- SICHERHEIT

Heiner Geißler schlägt Europa-
Hearing vor Seite 12

FDP

Strategie der Irreführung in der
Familienpolitik Seite 13

ÖA

Neue Broschüre:
Freiheit, Einheit, Menschen-
rechte Seite 14

DOKUMENTATION

Frieden und Abrüstung durch
eine realistische Sicherheits-
politik grüner Teil

EUROPAWAHL

Sozialismus in Europa — das
Ende unserer freiheitlichen
Wirtschafts- und Gesellschafts-
ordnung blauer Teil

■ INFORMATION

Erklärung zum 1. Mai

Zum Maifeiertag gab das Parteipräsidium folgende Erklärung ab: Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Unter SPD-Regierungsverantwortung ist er für mehr als 900 000 Arbeitnehmer und ihre Familien zum Tag ohne Arbeit geworden. Die SPD hat längst ihren moralischen Anspruch verspielt, Partei der Arbeitnehmer zu sein.

Der anmaßende Anspruch der SPD, für ein „Europa der Arbeitnehmer“ einzutreten, wird von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen. Nach der neuesten Umfrage des Emnid-Instituts wollen 49 Prozent der wahlberechtigten Bürger bei der Europawahl CDU/CSU wählen.

Einig über Familienpolitik

Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers der CDU, Ulf Fink, trafen Vertreter von Frauen- und Familienverbänden mit Abgeordneten der CDU zu einem Gespräch über familienpolitische Fragen im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Mit den Abgeordneten Albrecht Hasinger, Irmgard Karwatzki, Hermann Kroll-Schlüter und Roswitha Verhülsdonk diskutierten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen, der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, des Familienbundes der Deutschen Katholiken, des Bundeselternrates, des Deutschen Frauenrates, des Deutschen Hausfrauenbundes, der Katholischen Deutschen Frauengemeinschaft, der Bundesfrauenvertretung im Deutschen Beamtenbund, des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter und des Deutschen Familienverbandes.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Gesetzentwurf der CDU zur schrittweisen Einführung eines Familiengeldes. Alle Gesprächspartner waren sich darüber einig, daß die Förderung der Familien zu einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit geworden ist. Daher muß der Familienpolitik unter den innenpolitischen Aufgaben ein erster Platz eingeräumt werden. In der Einleitung erläuterte Ulf Fink, welch hohen Stellenwert die Familienpolitik für die CDU schon seit Jahren besitzt. Nach der sich anschließenden breiten Diskussion über den Gesetzentwurf der CDU zur schrittweisen Einführung eines Familiengeldes wurden im weiteren Verlauf des Gesprächs mit dem neuen Jugendhilferecht, dem elterlichen Sorgerecht, der Berücksichtigung der Leistung der Familien im Rentenrecht sowie mit der stärkeren Förderung ausländischer Kinder in der Bundesrepublik weitere aktuelle Punkte in der familienpolitischen Auseinandersetzung diskutiert. Es wurde vereinbart, die Gespräche über familienpolitische Fragen fortzusetzen.

Die Tarifpartner bewiesen Augenmaß

Als vorläufiges Fazit der vergangenen Tarifrunde erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, MdB Elmar Pieroth, die Tarifpartner hätten ein insgesamt erfreuliches Augenmaß bewiesen. Die Abschlüsse von durchschnittlich etwa 4,3 Prozent plus Kosten für Urlaubsverlängerung seien ein Vertrauensvorschuß an die Wirtschaftspolitik und eine nachträgliche Bestätigung des Jahresgutachtens 1977/78 des Sachverständigenrates, das eine zurückhaltende Lohnpolitik als Voraussetzung für einen wirksamen Beschäftigungsanstieg empfahl.

Besonders gefordert sei jetzt die Bundesregierung. Sie müsse unter anderem mit ihrer Haushalts- und Preispolitik bei den administrierten Preisen sicherstellen, daß die Tarifabschlüsse nicht von der Preisfront her unterlaufen würden. Es wäre fatal, wenn die Chance zur Stabilität durch Fehler wie 1969 oder 1974, also wilde Nachschlagforderungen oder hohe Tarifabschlüsse im Gefolge von Preissteigerungen, vertan würde.

Präsidium geht in Klausur

Das Präsidium der CDU hat unter Leitung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl beschlossen, am 20. und 21. Mai 1979 eine Klausursitzung abzuhalten. Im Mittelpunkt dieser Beratungen wird die Behandlung der politischen Schwerpunktthemen stehen, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980. Auf der Klausursitzung soll auch die Aufgabenverteilung im Präsidium beschlossen werden.

Frauen in der Polizei

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat einen Beschluß zum Thema „Frauen in der Polizei“ gefaßt. Dazu erklärt der Ausschußvorsitzende Heinz Schwarz, MdB, eine Untersuchung des Bundesfachausschusses zum Thema „Frauen in der Polizei“ zeige deutlich, daß sich die Tätigkeit für weibliche Beamte im Polizeidienst z. Z. meist auf die Feststellung von Parksündern beschränke oder daß sie dort eingesetzt würden, wo ihre vermuteten oder tatsächlichen Stärken lägen: im Schreibdienst oder in Frauen und Kinder betreffenden Bereichen. Im gesamten höheren Dienst der Kriminalpolizei seien in der Bundesrepublik Deutschland nur zwölf Frauen beschäftigt, bei der

Film „CDU für Europa“

Der auf dem Europa-Abend des Kie-ler Bundesparteitages gezeigte CDU-Film zur Europawahl kann jetzt über die Bundesgeschäftsstelle erworben werden.

Der zehnminütige Film zeigt von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl die CDU als die deutsche Partei für Europa. Auch unsere Grundthemen im Wahlkampf, Partnerschaft Ja — Klassenkampf Nein, Bürgerfreiheit Ja — Bürokratisierung Nein, Sicherheit Ja — Neutralisierung Nein, werden im Film verdeutlicht.

Der Preis beträgt 300,— DM (inkl. MwSt).

Aus produktionstechnischen Gründen können Bestellungen nur **bis zum 7. Mai** bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit entgegengenommen werden.

Schutzpolizei würden nur in den Stadtstaaten Frauen eingesetzt. Das positive Beispiel der bereits eingesetzten Kriminalbeamtinnen lasse dagegen Frauen für die Übernahme auch anderer polizeilicher Tätigkeiten geeignet erscheinen. Ein solcher Schritt sei zudem geeignet, mehr Gleichberechtigung auch in diesem Bereich durchzusetzen.

Europäische Frauen protestieren gegen Khomeini

Unternehmerinnen und mithelfende Ehefrauen aus sechs europäischen Ländern haben sich am 20. April anläßlich einer Tagung im italienischen Cadenabbia gegen die Behandlung der iranischen Frauen durch die Khomeini-

Regierung gewandt. Anlässlich des Treffens im Sommerhaus Konrad Adenauers, das unter Leitung der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingeborg Hoffmann stattfand, verurteilten die Mittelständlerinnen in einer Resolution besonders die Abschaffung des Familienschutzgesetzes, die Abschaffung der gemischten Schulen und die unmenschlichen Strafaktionen im Iran.

Information zum Familiengeld

Mit einer großangelegten Informationsaktion macht die CDU ihren Gesetzentwurf zum Familiengeld bekannt. Die Gesetzesvorlage wird z. Z. in einer Auflage von 10 000 Exemplaren an interessierte Organisationen, Kinderärzte und Pädagogikwissenschaftler sowie an Pfarr- und Gemeindeämter verschickt.

Bremen-Programm verabschiedet

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten des ordentlichen Parteitages der CDU Bremen ein Bremen-Programm, das besonders in den Bereichen Schul- und Hochschulpolitik sowie der Wirtschaft klare Alternativen zum Bremen-Plan der SPD aufzeigt. Der Parteitag wurde gleichzeitig eine eindrucksvolle Demonstration für den Spitzenkandidaten der Bremer CDU für die Bürgerschaftswahl im Oktober dieses Jahres, Bernd Neumann, sowie den CDU-Landesvorsitzenden Uwe Hollweg.

In einer Grundsatzrede übte der CDU-Fraktionsvorsitzende Neumann harte Kritik insbesondere an dem stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden und Bremer Bürgermeister Koschnick. Dieser kümmere sich zu wenig darum, was in seinem Lande passiere. In der Figur

Koschnicks und seiner häufig widersprüchlichen Haltung dokumentiere sich die innere Zerrissenheit der Bremer SPD. Die Wähler indes wollten als Regierungschef keinen innerparteilichen Integrationshelden und Friedensstifter, sondern jemanden, der führe und auch konkrete politische Verantwortung übernehme. Diese Fähigkeit habe Koschnick bisher nicht unter Beweis gestellt.

Für den Fall, daß die FDP in Bremen eine einseitige Koalitionsaussage zugunsten der SPD mache und eine Zusammenarbeit mit der CDU grundsätzlich ausschließe, fallen die Liberalen nach Neumanns Ansicht als politische Alternative für den Wähler aus. Neumann dazu wörtlich: „Der Ackergaul SPD wird seinen dumpfen Trott auch dann nicht ändern, wenn auf seinem Rücken ein gelber Kanarienvogel herumhüpft — selbst wenn dieser den ganzen Tag liberale Piepser von sich gibt.“

In 42 Bürgerinitiativen sind Extremisten aktiv

In 42 der 118 niedersächsischen Bürgerinitiativen gegen den Bau eines nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben sind Extremisten aktiv. In 76 Initiativen der Kernkraftgegner und Umweltschützer ließen sich keine extremistischen Aktivitäten erkennen. Das teilte Innenminister Möcklinghoff bei der Vorlage des „Lageberichts über den politischen Extremismus und die Spionageabwehr“ im zweitgrößten Flächenstaat der Bundesrepublik mit. Die Extremisten seien zur „Entscheidungsschlacht“ um die geplante Atommülldeponie und das Wiederaufbereitungslager in Gorleben bereit und nähmen dabei ausdrücklich Gewalt in Kauf, sagte der Minister.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Bundesregierung reagiert auf DDR-Schikane unsicher und hilflos

Die Maßnahmen der DDR-Regierung zur weiteren Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten westdeutscher Journalisten sind ein erneuter, eindeutiger Verstoß gegen bestehende Vereinbarungen, heißt es in einer Erklärung des Parteipräsidiums.

Nach der KSZE-Schlußakte sind die Unterzeichnerstaaten verpflichtet: — „Freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern, die Zusammenarbeit im Bereich der Information und den Informationsaustausch mit anderen Ländern zu fördern sowie die Bedingungen zu verbessern, unter denen Journalisten aus einem Teilnehmerstaat ihren Beruf in einem anderen Teilnehmerstaat ausüben.“

— „Für Journalisten die Möglichkeiten zu vermehren, persönlich mit ihren Informationsquellen einschließlich Organisationen und offizieller Institutionen in Verbindung zu treten.“

Durch ihre Maßnahmen hat die DDR-Führung erneut Zweifel an ihrer Vertragstreue und Glaubwürdigkeit aufkommen lassen.

Die Reaktionen der Bundesregierung sind Ausdruck der Hilflosigkeit und Unsicherheit. Sie erkennt mehr und mehr das Scheitern ihres deutschlandpolitischen Konzeptes. Mehr noch: sie bietet Anlaß, erneut darauf hinzuweisen: Wirt-

schaftliche Interessen haben den Menschenrechten zu dienen, nicht umgekehrt.

Die CDU ist der Auffassung:

- die von der Bundesregierung verfolgte Politik des Gewährenlassens widerspricht den Erfordernissen einer klaren und planvollen Deutschlandpolitik;
- es bestehen Spielräume für ein flexibles System von Gegenmaßnahmen, die bisher nicht ausgeschöpft wurden.

Von einem System flexibler Gegenmaßnahmen, wie es von der CDU am 4. August 1978 vorgelegt wurde, würden Signalwirkungen ausgehen, die es für die DDR-Regierung weniger risikolos machen, gegen beschlossene Vereinbarungen zu verstoßen.

Die Wortakrobatik von Wehner und Brandt bringt den Menschen im geteilten Deutschland keine Erleichterungen, der Frieden wird dadurch nicht sicherer.

Die CDU fordert den Bundeskanzler und seine Partei auf, sich klar zum Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes zu bekennen.

Zur Ablehnung des Begriffs „Wiedervereinigung“ durch den SPD-Vorsitzenden Brandt erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Abelein:

Brandts Versuche, die Begriffe „Wiedervereinigung“ und „Deutsche Frage“ beiseite zu schieben, können keines-

falls als beiläufiger methodischer Streit über richtige Wortwahl übergangen werden. Zur Behauptung, die bisherigen Begriffe seien mißverständlich, versteigt sich Brandt, um einen Vorwand für die Änderung inhaltlicher Positionen zu finden. Denn in den Begriffen „Deutsche Frage“ und „Wiedervereinigung“ kommen die Schicksalsfragen der deutschen Nation in unserer Zeit zum Ausdruck:

— die Vorenthaltung der Selbstbestimmung für das deutsche Volk,

— die in einem Friedensvertrag noch zu regelnden Grenzfragen

— sowie die Teilung Deutschlands in mehrere Staaten.

„Wiedervereinigung“ steht für das

Recht und den Willen des deutschen Volkes, diese anormalen Zustände zu überwinden.

Brandt selbst hatte bei Abschluß der Verhandlungen zum Grundvertrag die Tatsache hervorgehoben, daß es „keinen Friedensvertrag gibt und daß die Bundesregierung — aber auch alle Parteien des Bundestages — festhalten an dem Ziel, die Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk zu verwirklichen“. Seine jetzigen Auslassungen beweisen, daß seine eigentlichen politischen Ziele geradezu auf das Gegenteil gerichtet sind.

Darüber hinaus stehen die Brandt-Äußerungen in eklatantem Widerspruch zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.

Bestellte Beifallspender

Wehner und Borm wissen sich des Beifalls sicher, wenn sie vor dem „Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher“ — Abkürzung ZMO, was zugleich „Zusammenarbeit mit Osteuropa“ heißen soll — das Wort nehmen, wie es in Bergneustadt geschah. Auch Bahr gehört zu den herzlich willkommen geheißenen Gästen.

Was ist das überhaupt für ein Verband, von dem man nur dann etwas hört, wenn Prominenz der SPD/FDP-Koalition ein Auditorium braucht und dessen bedingungslose Zustimmung zur Ostpolitik? Gegründet wurde er in der heißen Phase der Auseinandersetzung um die Ostverträge, um eine sozialdemokratische Hilfstruppe gegen den Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften aufmarschieren zu lassen, stellte MdB Herbert Hupka fest.

In einem Werbeschreiben hieß es: „Der ZMO unterhält sehr enge Verbindungen bis zum Parteivorstand in Bonn. Eine Reihe von Aktivitäten konnte bisher mit Unterstützung namhafter Politiker wie Willy Brandt, Herbert Wehner, Egon Bahr durchgeführt werden.“

Und vor einem Jahr ließ man verlauten: „Die progressive Friedenspolitik der Bundesregierung ist auf gutem Wege zu ihrer geschichtlichen Bewährung im Interesse aller deutschen Menschen. Der ZMO wird auch weiter zur Avantgarde dieser Friedenspolitik zählen.“

Diese „Avantgarde“ der SPD ist allerdings bis jetzt ein verllorener Haufen geblieben. Dort, wo man laut sozialdemokratischem Konzept Einbrüche erzielen wollte und sollte — in den Reihen der Vertriebenen, Flüchtlinge und neuerdings auch der Aussiedler — blieb man ohne jedes Echo.

■ SOZIALPOLITIK

Verlässlichkeit des Sozialsystems muß wiederhergestellt werden

Das Ende einer Sozialpolitik, die nur in der Alternative des Mehr oder Weniger denkt, ist gekommen. Ist Geld in der Kasse, wird es ausgegeben, fehlt es, wird einfalllos wieder eingesammelt: Eine solche Sozialpolitik ist unempfindlich für differenzierte Probleme. Das sozialpolitische Hin und Her, wie es die SPD/FDP-Koalition betreibt, schafft soziale Unsicherheit, weil die Verlässlichkeit aus dem Sozialsystem schwindet, erklärte MdB Norbert Blüm, Vorsitzender der Sozialausschüsse.

Zu Bismarcks Zeiten umfaßte die Sozialversicherung 10 % der Bevölkerung. Heute sind es rund 90 %. Die Proportionen haben sich umgekehrt. Damals konnte mit Hilfe der Sozialversicherung auch die Erwartung auf eine Umverteilung von Wohlhabenden zu Bedürftigen verbunden werden. Unter der Bedingung einer umfassenden Mitgliedschaft in der Sozialversicherung erweist sich diese Hoffnung als Illusion.

Die Sozialversicherung hat es heute weniger mit der Hilfe für arme Leute zu tun, sondern ist eine umfassende Risikogemeinschaft, deren Mitglieder sich gegen die Wechselfälle des Lebens so sichern, daß niemand im Alter, bei Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit von seinem selbst erarbeiteten Platz im Einkommensgefüge absinkt.

Wenn der Staat der Sozialversicherung fremde Aufgaben zuweist, muß er die Finanzierung mitliefern. Sogenannte Fremdleistungen in der Sozialversicherung müssen von den versicherungseigenen Aufgaben getrennt werden. Fremdleistungen sind Leistungen der Versicherungsträger, die nicht durch Beiträge erworben, sondern von der Versichertengemeinschaft für das Ganze erbracht werden.

In der Rentenversicherung beispielsweise betragen die Fremdleistungen rund ein Drittel der Rentenausgaben. Der Bundeszuschuß jedoch ist ständig gesunken. Er betrug 1957 32 % der Rentenausgaben, 1977 nur noch 17 %. Der Staat wurde so zum Kostgänger der Sozialversicherung, und die Beitragszahler spielen Ersatzmann für allgemeine öffentliche Aufgaben. Der Bundeszuschuß muß deshalb an die Höhe der Fremdleistungen gekoppelt werden. Dazu bedarf es bei den Rentenversicherungsträgern getrennter Rechnungsführung zwischen versicherungseigenen und versicherungsfremden Leistungen.

Die Beitragsbezogenheit der Rente ist Ausdruck des Leistungsprinzips. Rente ist keine milde Gabe. Finanzklarheit und Prinzipientreue sind die Voraussetzungen einer soliden Weiterentwicklung des Rentenrechts.

Nicht alle sozialen Fragen sind Verteilungsfragen. Gesundheit z. B. kann nicht gekauft werden. Krankenhäuser,

die wie perfekte Gesundheitsfabriken funktionieren, schaffen keinen humanen Fortschritt. Trotz des technischen Fortschritts in der Krankenhausmedizin wuchs — nach einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie, Allensbach — der „Gedanke der Angst im Zusammenhang mit dem Krankenhaus“ zwischen 1970 und 1977 von 43 auf 50 %, die Vorstellung „man kann sich nicht wehren, ist machtlos“ von 37 auf 43 %.

„Der kranke Mensch braucht mehr noch als der gesunde den personalen Bezug. Er braucht die Zuwendung einer Person und nicht des Kollektivs. Er braucht den fachkundigen Menschen, der bereit ist, ihm menschliche Hilfe zu geben.“ (Gesundheitspolitisches Programm der CDU.) Daraus folgt:

- Der Patient sollte soweit wie möglich von dem gleichen Pflegepersonal umgeben sein. Ein dauernder Wechsel in der Pflege der Kranken verstärkt die Anonymität.
- Auch die Mitarbeiter im Krankenhaus verlieren durch eine zusammenhanglose Überspezialisierung den Überblick. Gruppenarbeit könnte die dadurch ausgelösten Isolationsprozesse zurückdrängen.
- Die Patienten verlieren im Dickicht von Spezialbegriffen und Apparaten den Einblick in das, was mit ihnen geschieht. Kranksein darf jedoch nicht zu einer sublimen Form der Entmündigung werden. Die Information im Krankenhaus muß verbessert werden.
- Die Regelung der Besuchszeiten muß elastisch auf die Wünsche des Kranken und seines Besuches abgestimmt werden.
- Die Ausbildungsinhalte im medizinischen Bereich müssen erweitert werden. Sie sollten auch Kenntnisse

über psychische und soziale Situationen vermitteln. Die Unterrichtung über Grundbegriffe ärztlicher Ethik und der medizinischen Psychologie zur Anleitung im Umgang mit kranken Menschen muß verstärkt werden.

- „Die Bevölkerung sollte zur freiwilligen Mitarbeit in Form der persönlichen Betreuung der Patienten im Krankenhaus angeregt werden.“ (Gesundheitspolitisches Programm der CDU.)
- Kranken Kindern ist auch im Krankenhaus ein intensiver Kontakt zu ihren Angehörigen zu ermöglichen. Für langzeitkranke Kinder sollte schulische Förderung im Krankenhaus ermöglicht werden.
- Zu flexiblen Maßnahmen psychiatrischer Pflege gehören ambulante und teilstationäre Einrichtungen, wie zum Beispiel: Psychiatrische Übergangsheime, Wohnheime, beschützende Werkstätten, allgemeine Pflegeheime sowie Tagesstätten und Clubs.
- Auch Sozialstationen haben eine Aufgabe. Der Ausbau flankierender Maßnahmen muß die Familie in der Betreuung von Patienten unterstützen.
- Die moderne Medizin darf nicht zur Verdrängung des Todes führen. Nachdem sowohl Geburt wie Sterben aus dem häuslichen Bereich ins Krankenhaus verlagert wurden, muß dafür Sorge getragen werden, daß sie im Leben eingebettet bleiben.
Zur Unantastbarkeit der menschlichen Person gehört die Würde des Sterbens. Sie darf nicht einem medizinischen Fabrikssystem ausgeliefert sein. Der unheilbare Kranke ist nicht Experimentierobjekt.

■ KOALITION

Warnung an die SPD vor Flirt mit dem Kommunismus

Drei SPD-Bundestagsabgeordnete haben gegen Hermann Kreutzer, Leiter der Berliner Abteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht, weil er sie als Einflußagenten der SED bezeichnet habe. Bereits im März hatten zwei Berliner SPD-Abteilungen gegen Kreutzer ein Parteivorgehen mit dem Ziel des Ausschlusses aus der SPD beantragt. Kreutzer erfuhr — laut Berliner Morgenpost vom 12. April 1979 — vom Unmut der Genossen in beiden Fällen erst aus der Presse.

Hermann Kreutzer ist Mitbegründer der SPD im thüringischen Saalfeld und gehörte nach dem Kriege zu den leidenschaftlichsten Gegnern der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. 1949 wurde er zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach siebenjähriger Kerkerhaft in Brandenburg und Bautzen brauchte ihm niemand mehr Vorlesungen über die Fiktion eines Kommunismus mit menschlichem Antlitz zu halten.

Im Frühjahr 1977 klagte Hermann Kreutzer den damaligen Ständigen Vertreter der DDR in Bonn, Michael Kohl, als ehemaligen Spitzel der sowjetischen Geheimpolizei in Jena an. Kreutzer erinnerte sich: „Das war in einem der großen Säle des Zuchthauses Bautzen ... Die Kameraden starben wie die Fliegen. Neben mir lag der junge Wenzel — ich erkannte ihn als Sozialdemokraten an unserem geheimen Erken-

nungszeichen. Schon vom Tode gezeichnet, vertraute er mir an, wie er von Michael Kohl denunziert worden war.“

Der SPD-Parteivorstand kehrte die schmerzhaften Erinnerungen Kreutzers unter den Teppich. 1968 gründeten verantwortungsbewußte Sozialdemokraten den „Kurt-Schumacher-Kreis“, dessen Sprecher Hermann Kreutzer wurde. Der Kreis untersuchte mit großer Gewissenhaftigkeit die Infiltration der SPD-Basis und nicht zuletzt die zunehmenden Aktivitäten der kommunistischen Einflußagenten. Dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt wurde eine Liste mit rund 1 500 Namen von SPD-Funktionären in Bund und Ländern vorgelegt, die bewies, daß eine wachsende Zahl von SPD-Mitgliedern ihre Kontakte mit Kommunisten kultivierte, in kurzen Abständen in die DDR reiste und offen Volksfront-Modelle propagierte. Brandt winkte ab.

Dieser Tage wies Kreutzer gegenüber dem „Münchener Merkur“ darauf hin, daß in Ost-Berlin das ZK-Mitglied Hermann Haeber für die geheime und subversive Tätigkeit von nicht weniger als 10 000 bis 12 000 Einflußagenten in der SPD, im DGB und in den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zuständig sei. Haebers Leute, so Kreutzer, arbeiteten außerdem innerhalb der verschiedensten Organisationen der katholischen, vor allem aber der evangelischen Kirche. „Diese DDR-Leute sollen bewirken, daß in den genannten Gruppen und Organisationen politische Aktionen, Resolutionen, Beschlüsse, publizistische Arbeiten und programmatische Richtlinien im Sinne der Ostberliner — und der Mokauer — Politik und Propaganda beeinflußt und realisiert werden.“

Die SPD wird aber begreifen müssen; schreibt weiter die „Berliner Morgen-

post“, daß Hermann Kreutzers Unbestechlichkeit nicht gegen die SPD gerichtet ist, sondern ein Angebot der letzten Stunde ist.

Eine neue Fehlkalkulation des Bundeskanzlers

Zum neusten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank erklärt CDU-Generalsekretär Heiner Geißler: Bundeskanzler Schmidt hat 1975 versprochen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von drei Prozent mittelfristig wieder auf den vorigen Stand von zwei Prozent abzusenken. Nach dem neuesten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank hat sich die Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit trotz der Beitragserhöhung massiv verschlechtert. Erstmals seit 1976 wird die Bundesanstalt wieder Finanzhilfe des Bundes benötigen. Ursache ist: Die Bundesregierung hat mir ihren löchrigen „Sozialpaketen“ einen gigantischen finanzpolitischen Verschiebebahnhof im Bereich der sozialen Sicherung eröffnet. Löcher wurden gestopft, indem andere aufgerissen wurden.

Jetzt wird das Defizit in den Finanzen der Bundesanstalt sichtbar. Sie muß nunmehr Beiträge an die Rentenversicherung abführen — nicht zuletzt, um der Rentenversicherung vorübergehend finanziell Luft zu verschaffen. Unter diesen Umständen werden die Beitragszahler vergeblich auf die Einlösung des Kanzlerversprechens warten — ein neuer Wortbruch in der langen Kette falscher Versprechen des Kanzlers.

Kulturgut verschimmelt

Eine „unglaubliche Vernachlässigung wertvollster Kulturgüter“ wirft die Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Heide Degen der hessischen Landesregierung vor. Weil es der staatlichen

Verwaltung der Schlösser und Gärten in Hessen am Notwendigsten fehle, sei diese dem hessischen Kultusminister nachgeordnete Behörde nicht in der Lage, wertvolle, nach dem Ersten Weltkrieg aus fürstlichem Besitz auf das Land Hessen übergegangene Kunstwerke zu retten und der Bevölkerung zugänglich zu machen. So „verschimmelte“ beispielsweise in der zum Schloßareal Wilhelmshöhe bei Kassel gehörenden „Löwenburg“ ein wertvoller Gobelin aus dem 17. Jahrhundert; in den Magazinen der Schlösser Weilburg und Bad Homburg seien Hunderte von kostbaren Möbelstücken und rund 200 Gemälde alter Meister vom Verfall bedroht, die ungerahmt auf einem Haufen lägen, weil die Schlösserverwaltung über keine Restauratoren verfüge.

Unter Matthiesen kommen Extremisten in die Schulen

„Ein Ministerpräsident Matthiesen würde den Extremisten für den Schuldienst die Tore öffnen.“ Das sagte in Bad Bramstedt nicht ein Wahlredner der CDU, sondern ein Politiker, der noch vor zwei Jahren der SPD angehörte und dann nach 14jähriger Mitgliedschaft dieser Partei wegen eines seiner Auffassung nach zu starken Linksdrucks den Rücken kehrte: Prof. Winfried Döbertin aus Hamburg, Bundesvorsitzender der Fritz-Erler-Gesellschaft. Der Referent wies darauf hin, daß in der SPD und in der FDP immer mehr neomarxistische Kräfte sich breitmachten, die für die Demokratie eine Gefahr bedeuteten. Döbertin warnte vor Klassenkampfparolen und Klassenhaß. Verstaatlichungen und Investitionslenkungen seien zwar die Lieblingsziele der SPD in Schleswig-Holstein, brächten aber eine schlechtere materielle Versorgung der Bürger mit sich.

■ SCHULBÜCHER

Lehrpläne und Bücher sind in den Bundesländern zu unterschiedlich

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat immer wieder — zuletzt bei der Debatte über den Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems am 30. November 1978 — unmißverständlich klargestellt, daß sie die Eigenständigkeit der Länder in der Bildungs- und Kulturpolitik achtet und verteidigt.

Sie hat aber auch immer wieder eindringlich darauf hingewiesen, daß Schüler, Studenten, Eltern, Lehrer und die gesamte Öffentlichkeit zu Recht erwarten, daß sich die Kultusminister der Länder wenigstens auf das notwendige Mindestmaß an Einheitlichkeit in der Bildungspolitik einigen und entsprechende Vereinbarungen treffen.

Dieses Mindestmaß an Einheitlichkeit ist nach Auffassung von MdB Volker Rühle, Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, unbedingt notwendig, damit die Forderung des Grundgesetzes nach gleichen Lebenschancen aller Bürger in unserem Staat erfüllt wird und damit alle jungen Menschen gleiche Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland vorfinden, gleichgültig, ob sie in Schleswig-Holstein oder Bayern, in Nordrhein-Westfalen oder Berlin wohnen.

Das berechnete geforderte Mindestmaß an einheitlichen Bildungschancen ist heute aber durch weit auseinanderklaf-

fende Schulbuchinhalte, die durch eine unterschiedliche Lehrplanentwicklung begründet sind, erheblich gefährdet. Denn die Schulanforderungen sind in Inhalt, Niveau und Lernerfolgen ganz unterschiedlich.

Es ist selbstverständlich, daß keine völlige Uniformität der Lerninhalte und Schulbücher gewollt sein kann. Sinnvolle Unterschiede im Rahmen unseres föderalistischen Staatsaufbaus und der deutschen Landschaften sind durchaus möglich. Nicht akzeptiert werden können aber die unnötigen Unterschiede, die deshalb so ärgerlich sind, weil es für sie keine einsehbaren Begründungen gibt.

So ist es durchaus verständlich und gerechtfertigt, wenn Schüler, Eltern und Lehrer kritisieren, daß unterschiedliche Lehrsysteme und differierende Schulbuchrichtlinien der einzelnen Kultusministerien einen wenigstens in etwa gleichen Wissensstand der deutschen Schüler verhindern.

Der Verband der Schulbuchverlage und das Institut für Bildungsmedien haben nachgewiesen, welche Abweichungen in den einzelnen Fächern und den entsprechenden Lehrbüchern bestehen und wie hierdurch Schwierigkeiten und Auseinanderentwicklungen heraufbeschworen werden, die Schülern und Eltern das Leben schwermachen.

So haben die Untersuchungen des Instituts für Bildungsmedien zu den Lehr-

plänen und Schulbuchrichtlinien beispielsweise der Fächer Chemie, Mathematik, Deutsch, Biologie und Gemeinschaftskunde in einer eindrucksvollen, aber auch deprimierenden Dokumentation („Informationen über Bildungsmedien in der Bundesrepublik Deutschland VI“, Frankfurt 1978) unwiderlegbar nachgewiesen, wie sehr sich heute die voneinander abweichenden Lehrpläne und Schulbücher der Schüler auswirken.

Wenn es beispielsweise in den Ländern — von den Kultusministerien vorgegeschrieben — jeweils unterschiedliche Schreibweisen für nichtlösbare Divisionsaufgaben gibt oder im Fach Biologie für das 5. und 6. Schuljahr 34 verschiedene Lehrpläne und Richtlinien vorgeschrieben werden, so ist das nicht als „föderalistische Mathematik“ oder „föderalistische Biologie“ zu entschuldigen.

Es wäre völlig verfehlt, den Schulbuchverlegern die Schuld an diesem Mißstand in die Schuhe schieben zu wollen. Die Schulbuchverlage müssen diesen Lehrplänenwirrwarr in den Schulbüchern vielmehr nachvollziehen; denn sie sind an die uneinheitlichen, aber strengen Schulbuchrichtlinien gebunden. Wenn sie diese nicht penibel beachten, haben sie keine Chance auf Zulassung der von ihnen vorgelegten Schulbücher.

Die Konsequenzen, die aus diesen für Schüler, Eltern, Lehrer und Schulbuchverlage untragbaren Zuständen gezogen werden müssen, sind leicht einsichtig: Die Kultusminister der Länder sind aufgefordert, in der Kultusministerkonferenz einen neuen Anlauf zu machen, um die unnötigen und in der Sache unverständlichen Auseinanderentwicklungen zu korrigieren.

Reaktorsicherheit: Heiner Geißler schlägt Europa- Hearing vor

Generalsekretär Heiner Geißler hat angesichts der Diskussion über Fragen der Kernpolitik ein Schreiben an die Generalsekretäre der Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei (EVP) gerichtet. Darin heißt es u. a.:

„Der schwere Störfall im amerikanischen Kernkraftwerk Harrisburg hat zu einer weiteren Intensivierung der Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie geführt. Viele unserer Bürger sehen sich in ihren Einwänden gegen die Kernenergie bestätigt. Wir müssen diese Einwände, wie die mit der Kernenergie verbundenen Sorgen und Ängste vieler Menschen ernst nehmen.

Die Auswirkungen von Reaktorstörungen lassen sich aber ebenso wie die Folgen eines zukünftigen Energiedefizits nicht national begrenzen.

Deshalb möchte ich anregen, daß die Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei sich in geeigneter Form dem Problem der Reaktorsicherheit annehmen. Ich schlage vor, auf der nächsten Sitzung des Politischen Bureaus der EVP im Mai 1979 das Thema Reaktorsicherheit und Energieversorgung zu behandeln und dabei die Durchführung eines Hearings zu beschließen, das sich mit den aus dem Störfall von Harrisburg für Europa ergebenden Konsequenzen beschäftigt.“

■ FDP-FAMILIENPOLITIK

Eine Strategie der Irreführung

Fast zu spät hat sich die FDP doch endlich nach zahlreichen innerparteilichen Auseinandersetzungen noch auf ein Kinderprogramm aus Anlaß des „Internationalen Jahres des Kindes“ geeignet.

Das Ergebnis dieser Einigungsbemühungen ist eine Aufzählung in schöne Worte gekleideter, teilweise auch von der CDU unterstützbarer Versprechungen, die jedoch immer dann, wenn konkrete Forderungen erforderlich wären, in Allgemeinaussagen enden, erklärte MdB Helga Wex, Vorsitzende der Frauenvereinigung.

So wird zum Beispiel gefordert, die Lebensfähigkeit und Erziehungskraft der Familie zu stärken, es wird jedoch verschwiegen, wie dies geschehen soll. Auch eine Verbesserung des Kindergeldes und die Einführung eines Kinderbetreuungsbetrages werden angekündigt; über das Wann, Wie und die Höhe Schweigt sich die FDP allerdings aus. Die Bevölkerung wird wieder einmal auf eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs warten müssen.

Schlimmer wiegt jedoch die Tatsache, daß die FDP einerseits ein Kinderprogramm vorlegt, das von der Basis der Stärkung der Familie als sicherstem Garant für das Wohlergehen unserer Kinder ausgeht, in der Bundesregierung aber eine Politik zur Aushöhlung und Schwächung der Familie unterstützt.

Dies verdeutlichen die Beratungen zu dem Gesetzentwurf zum Mutterschaftsurlaub mit der einseitigen Bevorzu-

gung der berufstätigen Frau und der Gesetze zur Neuordnung der elterlichen Sorge und zum Jugendhilferecht. Mit einer solchen Doppelstrategie soll bewußt oder unbewußt die Bevölkerung in die Irre geführt werden.

Die CDU hat bereits im Dezember 1978 als erste Partei ein konkretes Kinderprogramm und ein Programm für eine kinderfreundliche Gemeinde veröffentlicht (s. UiD 43/78 und 14/79). Viele der darin enthaltenen Vorschläge wurden von der FDP übernommen; es wäre daher zu begrüßen, wenn die FDP diese Vorschläge auch in praktische Politik gegenüber dem großen Koalitionspartner SPD umsetzen könnte.

Dies gilt auch für das Familiengeld, das in dem Kinderprogramm in leicht veränderter Konzeption unter dem Namen „Betreuungszuschlag zum Kindergeld“ enthalten ist. Hiermit soll die Zuwendung an Zeit in den ersten Lebensjahren sichergestellt werden, wie dies die CDU mit dem Erziehungsgeld bereits seit 1974 fordert.

Schon in allernächster Zeit wird die FDP unter Beweis stellen können, wie ernst sie selbst ihr Programm nimmt, wenn nämlich die Abänderungsanträge der CDU zum Mutterschaftsurlaub und zur Einführung eines Familiengeldes im Bundestag beraten werden. Mit einer Zustimmung zu diesen Gesetzesinitiativen wäre eine gemeinsame Basis für eine zukunftsweisende Familienpolitik und die Grundlage für eine kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen.

Freiheit Einheit Menschenrechte

Dokumente
zur Deutschlandpolitik

Die Broschüre „Freiheit, Einheit, Menschenrechte“ enthält auf 128 Seiten im wesentlichen Dokumente zur Deutschlandpolitik, die die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Jahren 1977 und 1978 veröffentlicht haben.

Anlässlich der Veröffentlichung erklärte Generalsekretär Heiner Geißler:

Die CDU hat in den vergangenen Jahren immer neue Anstöße und Anregungen zur Belebung der Deutschlandpolitik gegeben. Exemplarisch seien hier nur der Deutschlandtag 1977, die große Anfrage zu den Menschenrechten in der DDR und die Anregung zur Erarbeitung eines Katalogs flexibler Gegenmaßnahmen gegen Schadenshandlungen der DDR genannt.

Die vorliegende Dokumentation soll Rechenschaft über unsere Aktivitäten ge-

ben und zugleich verdeutlichen, daß wir der Deutschlandpolitik hohe Priorität zuerkennen.

In ihrem Grundsatzprogramm hat die CDU Maximen einer seriösen Politik gegenüber dem Osten aufgestellt:

„Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn die Grundsätze der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung beachtet sowie getroffene Vereinbarungen und eingegangene Verpflichtungen eingehalten werden.“

Wenn diese Grundsätze in der praktischen Politik wieder Beachtung finden, kann auch den Menschen im Osten geholfen werden.

Die Broschüre „Freiheit, Einheit, Menschenrechte — Dokumente zur Deutschlandpolitik“ kann bestellt werden bei der

**CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1**

Rednereinsätze zum Europawahlkampf

Im Rahmen des Europawahlkampfes werden in der Zeit vom 7. Mai bis zum Wahltag am 10. Juni 63 Bundesredner insgesamt 500 Wahlkampfveranstaltungen durchführen. Helmut Kohl wird auf 47 Kundgebungen im In- und Ausland sprechen.

Starke CDU/CSU-Betriebsgruppe im Bundestag

Die Mitglieder der Betriebsgruppe der CDU/CSU im Deutschen Bundestag wählten einen neuen Vorstand. Vorsitzender wurde Gerold E. Formanek. Der CDU/CSU-Betriebsgruppe haben sich ca. 600 Bedienstete angeschlossen.

Zur Sache:

Kinder sind keine Kaninchen Die familienfreundliche Wohnungsbaupolitik der CDU

Eltern wissen ein Lied davon zu singen: Wer ein Kind hat, muß auf vieles verzichten. Wer mehrere Kinder hat, fühlt sich regelrecht im Stich gelassen. Das ist eine unmittelbare Folge der SPD/FDP-Politik. Die Regierungskoalition redet zwar viel von Familienfreundlichkeit, doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

Ein besonders trübes Kapitel ist der Mangel an großen und preiswerten Wohnungen für kinderreiche Familien. Häufig sind die Kinderzimmer in den Neubauwohnungen so klein, daß kürzlich eine Mutter sagte: „In unserer Siedlung sind die Kinderzimmer so klein wie Kaninchenställe.“

Doch Kinder sind keine Kaninchen. Kinder brauchen Platz, auch in der Wohnung.

Die CDU-Wohnungsbaupolitik trägt den Bedürfnissen kinderreicher Familien Rechnung. Die SPD/FDP-Koalition hat im Parlament unsere konkreten Initiativen abgelehnt.

Die Vorschläge der CDU liegen auf dem Tisch:

- Die Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau müssen gezielter eingesetzt werden.
 - Beim Kauf von Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus soll finanziell geholfen werden.
 - Eine größere Wohnfläche muß im sozialen und steuerbegünstigten Wohnungsbau gefördert werden.
 - Das Geld für die Bausparförderung ist stärker für kinderreiche Familien einzusetzen, die Zusatzprämie pro Kind zu verdoppeln.
 - Die Höhe des Wohngeldes muß die Zahl der Kinder mehr als bisher berücksichtigen.
- Die CDU weiß, worauf es in der Wohnungsbaupolitik ankommt. Und vor allem: Die CDU hat was für Kinder übrig.**

CDU
/// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 27. 4. **CDU — Bund**
BFA „Sicherheitspolitik“, Bonn
- 27. 4. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**
Vorstand, Bonn
- 27./28. 4. **BV Südbaden, Bezirksparteitag**,
Lahr
- 28. 4. **LV Rheinland, Frauenvereinigung**,
Landesausschuß, Aachen
- 28. 4. **LV Westfalen-Lippe**
Bildungspolitische Kongreß,
Bad Lippspringe
- 30. 4. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 2. 5. **CDU — Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz,
Bonn
- 2. 5. **LV Rheinland**
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Köln
- 2. 5. **LV Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
- 2. 5. **LV Saar**
Landesausschuß, Saarbrücken
- 4. 5. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesparteiausschuß, Mainz
- 4. 5. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand,
Konstanz
- 4. 5. **LV Rheinland**
Landesvorstand, Köln
- 4. 5. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 5. 5. **LV Baden-Württemberg**
Landesparteitag „Europa“,
Konstanz
- 5. 5. **CDU Niedersachsen**
Sozialausschüsse, Landestagung,
Hildesheim
- 5. 5. **LV Braunschweig**
Landesparteitag, Salzgitter-
Lebenstedt
- 5. 5. **LV Saar**
Landesparteitag, Saarbrücken
- 11./13. 5. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische Tagung,
Koblenz-Arenb.
- 12. 5. **LV Rheinland**
Frauenvereinigung, Landes-
versammlung, Wuppertal
- 12. 5. **LV Bremen, Sozialausschüsse**,
Fachtagung „Auswirkungen der
Rationalisierung auf die Arbeits-
platzentwicklung und -struktur“
- 12. 5. **LV Westfalen-Lippe**
Mittelstandsvereinigung,
Landesmittelstandstag, Herford
- 12. 5. **BV Südbaden**
Kongreß „Europäische Bildungs-
fragen“, Donaueschingen
- 12./13. 5. **JU Hessen, Landestag**
- 14. 5. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId